



Kassenpflicht

Erneut forderte die FPÖ die Abschaffung der Registrierkassenpflicht. S.2



Keine flächendeckende Lkw-Maut

Ein klares Nein kam von den Freiheitlichen NÖ, als es im Landtag zu einer Diskussion über die Einführung einer flächendeckenden Lkw-Maut kam. S.2

Wir



NIEDERÖSTERREICHER

Zugestellt durch Post.at

Klubinfo | Mai 2016

NACHRICHTEN AUS DEM FREIHEITLICHEN KLUB IM NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDTAG

Asyl: FPÖ-Sicherheitsoffensive von ÖVP abgeschmettert!

Vermehrte Probleme mit Asylwerbern in vielen Gemeinden - Trotzdem wurden acht FPÖ-Anträge von der ÖVP NÖ zu einem „Wischi Waschi“-Antrag zusammengestoppelt

Gleich 88.151 Asylanträge wurden im Vorjahr in Österreich gestellt, von Jänner bis März 2016 sind es bundesweit bereits 14.328. „Die unüberlegte und unkoordinierte Willkommenskultur - und das Durchgriffsrecht des Bundes - sorgen dafür, dass sich auch in unzähligen Gemeinden Niederösterreichs teils massenhaft Asylwerber tummeln“, so FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl. Acht FPÖ-Anträge für mehr Sicherheit wurden von der ÖVP allerdings massiv abgeschwächt.

Die Situation in den Gemeinden lässt unter der Bevölkerung ein entsprechendes Unsicherheitsgefühl entstehen, zumal zwei Drittel der Asylwerber männlich sind. Diese Entwicklung ließ die FPÖ längst agieren: In



► **ÜBERGRIFFE IN HALLENBÄDERN:** Viele Eltern haben Angst um ihre Kinder.

Weitere Informationen zu diesem aktuellen Thema finden Sie auf Seite 3.



Stupa-Aus?

Stupa: Anzeige gegen Unbekannt durch die FPÖ NÖ. S.2



Mindestsicherung kürzen

Die FPÖ Niederösterreich fordert eine Kürzung bzw. eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen. S.2

Kurz gesagt...

Registrierkassen erneut Thema!

Seit Mai bzw. Jänner 2016 gilt in Österreich die Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht, jetzt war sie erneut Thema im NÖ Landtag. „Die ÖVP hat dazu einen halbherzigen Antrag eingebracht. Doch damit haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht“, sagt FPÖ-Klubchef Gottfried Waldhäusl. „Die FPÖ hat seit Anbeginn die Abschaffung dieser wirtschaftsfeindlichen Maßnahme gefordert, die Klein- und Mittelbetriebe und auch zahlreiche Vereine betrifft. Leider hatten die anderen Fraktionen kein Herz für die Gastronomen.“ Aus diesem Grund brachte die FPÖ im Mai-Landtag - erneut - einen dahingehenden Abänderungsantrag ein - Abgelehnt!

[Rede KO Waldhäusl](#)

FPÖ für Kürzung der Mindestsicherung

Heiße Diskussion im Mai-Landtag über das Thema Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS)! „Noch vor Jahren hat uns die ÖVP geschimpft, wenn wir hier den massiven Anstieg kritisiert haben. Jetzt schreien die Schwarzen selbst nach Maßnahmen“, so FPÖ-Klubchef Gottfried Waldhäusl. „Es ist aber wichtig, dass hier darüber gesprochen wird, denn wenn Asylwerber über die BMS pro Monat 4.000 Euro erhalten und ein arbeitender Niederösterreicher mit 1.300 Euro Lohn nach Hause geht, stimmt etwas nicht! So kann keine nachhaltige Unterstützung für all jene gewährt werden, die wirklich Hilfe brauchen...“ Die FPÖ fordert daher eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen sowie eine Kürzung dieser Zuwendungen!

[Rede KO Waldhäusl](#)

[Rede LAbg. Landbauer](#)



► **ABZOCKE:** Maut auf Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen schadet jedem Einzelnen.

Flächendeckende Lkw-Maut: „Nein“ von FPÖ

Eine deutliche Abfuhr gibt es von der FPÖ Niederösterreich für die erneut aufgeflammete Diskussion über die Einführung einer flächendeckenden Lkw-Maut. Diese Maßnahme würde Wirtschaft und Konsumenten gleichermaßen schaden.

Das Transportgewerbe in Österreich ist bereits jetzt schon über Gebühr mit Steuern und Bürokratismus belastet. Was dazu geführt hat, dass in den letzten Jahren über 50 Prozent der heimischen Lkw „ausgeflaggt“ wurden, spricht jetzt mit ausländischem Kennzeichen fahren.

„Eine Erweiterung der Lkw-Maut würde diese Entwicklung nur verschärfen, sie trifft am Ende

jeden Konsumenten. Wenn sich der Transport verteuert, werden die beförderten Güter teurer und dies hätte in der nach wie vor angespannten Wirtschaftslage negative Auswirkungen auf unsere Bürger und die Kommunen als Wirtschaftsstandort“, warnt FPÖ-Verkehrssprecher LAbg. Erich Königsberger.

[Rede LAbg. Königsberger](#)

Stupa-Bau geht weiter!

Die Volksanwaltschaft hat gesprochen: Der Baubewilligungsbescheid für einen 33 Meter hohen Riesen-Stupa mitten im Grünland in Grafenwörth, der 320 Menschen Platz bietet, muss umgehend als nichtig aufgehoben werden.

Doch die Bezirkshauptmannschaft als erste Aufsichtsbehörde ignoriert - im Auftrag des Landes Niederösterreich - das Wort der Volksanwaltschaft, die Bauarbeiten gehen munter weiter! „Das ist eine Handlungsweise, die nach wie vor

an die Diktatur eines Kim Jong-un in Nordkorea erinnert“, kritisiert FPÖ-Klubchef Gottfried Waldhäusl. „Eine Anzeige gegen Unbekannt wegen Amtsmisbrauchs haben wir bereits eingebracht.“ Die FPÖ hat sich seit Bekanntwerden dieses Megaprojektes massiv dagegen ausgesprochen. Es kann und darf nicht sein, dass derartige sakrale Monsterbauten wie der buddhistische Stupa seitens des Landes einer Kapelle gleichgesetzt werden. Dies ist der Freibrief für Moscheen-Wildwuchs in jedem Grünland.

[Rede KO Waldhäusl](#)



Asylwelle: NÖ wird von Tag zu Tag unsicherer

Summe wurden acht Anträge eingebracht mit dem Ziel, der heimischen Bevölkerung wieder verstärkt Schutz zu bieten. Alle Schriftstücke mutierten jedoch kurzerhand zu einem einzigen ÖVP-Schrumpfantrag, sprich: Sie wurden abgeschwächt und standen im Mai-Landtag zur Abstimmung.

Die Freiheitlichen lehnen diese Vorgangsweise ab, weil den Menschen spürbarer und nachhaltiger Schutz geboten werden muss. Waldhäusl: „Die Situation verlangt nach echten Lösungen! Nachdem die FPÖ fünf Jahre lang einen Zuzugstopp gefordert hatte, wurde dieser jetzt endlich eingeleitet. Die verspätete Reaktion ist die Ursache dafür, dass sich in unserem Land die Probleme überschlagen: Übergriffe auf Frauen und Kinder auf den Straßen sowie in Hallenbädern, Gewaltexzesse unter den Asylwerbern und auch gegenüber der heimischen Bevölkerung, die Kosten für die Sozialleistungen explodieren.“

Folgende FPÖ-Anträge wurden daher (erneut)

eingebracht:

- Sofortige Abschiebung aller negativ beschiedener Asylwerber
- Nächtliches Ausgangsverbot für Asylwerber und Asylanter
- Keine Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge (mehrheitlich angenommen!)
- Betretungsverbot von öffentlichen Bädern für männliche Asylwerber und Asylanter
- Sicherung des niederösterreichischen Gesundheitswesens
- Keine Mehrkosten für den Steuerzahler durch muslimische Mehrfach-Ehen
- Förderung von Selbstverteidigungskursen für Frauen und Kinder im Pflichtschulalter
- Deutsche Sprachkenntnisse als Voraussetzung für den Erhalt geförderter Wohneinheiten

[Rede LAbg. Landbauer](#)

[Rede LAbg. Königsberger](#)

[Rede LAbg. Ing. Huber](#)

[Rede KO Waldhäusl](#)



Gedanken des Klubobmanns

Hitziger Sommer im Anmarsch!

Dieser Sommer kann ja heiter werden! Was sich allerdings nicht auf die Großwetterlage bezieht, sondern auf das Asylunwesen im Land. Denn wild gewordene Asylwerber werden sich in den Freibädern ganz besonders motiviert fühlen, Frauen - und Kinder - massiv zu belästigen.

Übergriffe durch Asylwerber auf unsere Frauen und Kinder in den heimischen Hallenbädern fanden in den Wintermonaten beinahe wöchentlich statt. Mittlerweile trauen sich viele Menschen nach Einbruch der Dunkelheit gar nicht mehr auf die Straße, macht einem doch der mittlerweile alltägliche Pulk herumlungender Fremden schlicht und einfach Angst. Was sich da in den heißen Sommermonaten abspielen wird, wo diese Menschen das Tragen von luftiger Kleidung von Mädchen und Frauen schon als Provokation beurteilen.

Fakt ist, dass die Asylwerber und Asylanter nun einmal im Land sind. Es ist hochnot an der Zeit, seitens der Politik endlich zu handeln. Wer „welcome refugees“ ruft - sprich „A“ sagt, muss bitte ENDLICH auch „B“ sagen...

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG

[LtG.-921-1/A-2/8 - Antrag gem. § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Mag. Hackl betreffend Attraktivierungsmaßnahmen im Verkehrsverbund Ostregion und Ausbau von Park&Ride-Systemen für die Niederösterreichischen Pendlerinnen und Pendler.](#) Abstimmung: Abänderungsantrag Abg. Razborcan Pkt. 1 abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FRANK, FPÖ, Ablehnung ÖVP, GRÜNE; Abänderungsantrag Abg. Razborcan Rest abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FRANK, FPÖ, GRÜNE, Ablehnung ÖVP; Antrag einstimmig angenommen.

[LtG.-923/A-3/126 - Antrag der Abgeordneten Ing. Huber, Gabmann u.a. betreffend Voller Unfallversicherungsschutz auch im Krankenstand.](#) Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen.

[LtG.-920/A-3/124 - Antrag der Abgeordneten Gabmann, Waldhäusl u.a. betreffend Aufnahme der Gynäkologie und der Geburtshilfe in die Grundversorgung jedes Allgemeinen Krankenhauses und somit auch zukünftiger Betrieb dieser Einrichtungen am LK Waidhofen/Thaya.](#) Abstimmung: Antrag abgelehnt durch ÖVP und SPÖ, Zustimmung FPÖ, FRANK und Grüne.

[LtG.-869/B-2/27 - Bericht des Rechnungshofes betreffend KELAG Wärme GmbH – Flugplatz Vöslau BetriebsGmbH; Follow-up-Überprüfung.](#) Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen.

[LtG.-919/B-2/28 - Bericht des Rechnungshofes betreffend der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich: Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfzuweisungen in den Ländern Niederösterreich und Steiermark; Flächennutzung im Bereich der Neuen Donau, der Donauiinsel und des Donaukanals; Kinderbetreuung für 0- bis 6-Jährige.](#) Follow-up-Überprüfung. Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen.

[LtG.-827/B-2/26 - Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätig-](#)

[keit des Rechnungshofes: Themen der öffentlichen Finanzkontrolle.](#) Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen.

[LtG.-893/B-1/41 - Bericht des Landesrechnungshofes über die Entwicklung ausgewählter Kennzahlen in den NÖ Landeskliniken und Nachkontrolle.](#) Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen.

[LtG.-926/B-1/42 - Bericht des Landesrechnungshofes über Planung, Finanzierung und Betrieb von Betreuungsstationen und Betreuungszentren in NÖ Landespflegeheimen;](#) Nachkontrolle. Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen.

[LtG.-927/B-1/43 - Bericht des Landesrechnungshofes über Hochbau beim Land NÖ 2012 bis 2014.](#) Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen.

[LtG.-859/B-1/40 - Bericht des Landesrechnungshofes über Ausstattung der Gruppe Land- und Forstwirtschaft mit Informations- und Kommunikationstechnologie.](#) Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen.

[LtG.-918/A-3/123 - Antrag der Abgeordneten Ing. Huber, Gabmann u.a. betreffend NÖ Seuchenvorsorgeabgabe für Rattenbekämpfung verwenden.](#) Abstimmung: Antrag abgelehnt durch ÖVP, SPÖ und Grüne, Zustimmung FPÖ, FRANK.

[LtG.-922-1/A-3/125 - Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Moser und Dr. Sidl zum Antrag betreffend aufgelassene Bahntrassen müssen weiter im Landesbesitz bleiben.](#) Abstimmung: Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FRANK (Dr. Laki), Ablehnung FRANK (Gabmann, Dr. Machacek, Dr. Von Gimborn), FPÖ, GRÜNE.